

Warum Blocher einen Stromgeneral will

Der Doyen der SVP hat den Vorschlag für einen Verantwortlichen für die Versorgungssicherheit eingebracht. Um eine Stromkatastrophe abzuwenden, müsse jetzt schnell gehandelt werden, sagt Christoph Blocher im Gespräch mit dem «Nebelspalter».

**SCHWEIZ KLIMA UND ENERGIE ENERGIEPOLITIK ATOMKRAFT
GASKRAFTWERK SOLARSTROM TRENDING**



von Alex Reichmuth
am 4.2.2022, 18:30 Uhr

Folgen



Gemäss Alt-Bundesrat Christoph Blocher steuert die Schweiz bei der Stromversorgung auf eine Katastrophe zu. Bild: Keystone
Es ist Feuer im Dach. So sieht es zumindest die SVP mit Blick auf die Stromversorgung der Schweiz. Letztes Jahr hat das Thema Versorgungssicherheit Fahrt aufgenommen, nachdem der damalige Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) in einem Video vor Strommangel schon ab 2025 warnte – und die Unternehmer des Landes aufgefordert wurden, Vorkehrungen für einen Engpass an Elektrizität zu treffen.

Im Januar hat die Volkspartei darum die Forderung nach der Einsetzung eines Stromgenerals erhoben, um die künftige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Hinter dem Vorschlag steht Christoph Blocher, ehemaliger Bundesrat und Übervater der Partei. Warum braucht es jetzt einen Verantwortlichen wie in Kriegszeiten – und was sollen die Aufgaben des Stromgenerals sein?

Auslegeordnung mit Mitte diesen Jahres

Die Anlehnung an eine Kriegssituation, in der das Land das Schicksal in die Hände eines Generals legt, sei bewusst gewählt, sagt Christoph Blocher im Gespräch mit dem «Nebenspalter».

«Bezüglich der Stromversorgung kommt eine Katastrophe auf uns zu, also sind auch Massnahmen wie in Katastrophenzeiten angemessen.» Es brauche nun eine verantwortliche Person, die unabhängig von einzelnen Energieträgern nur einer Frage verpflichtet sei: Wie kann gewährleistet werden, dass der Schweiz in den nächsten Jahren genügend kostengünstiger Strom zur Verfügung steht?

Es sei am Bundesrat, einen solchen Stromgeneral zu wählen, betont Blocher. Dabei sei Eile angezeigt. Der Stromgeneral müsse sein Amt sofort antreten – und schon bis Mitte dieses Jahres eine Auslegeordnung vornehmen: Wieviel Strom benötigt die Schweiz künftig? Wieviel davon kann sie mit den bestehenden Kraftwerken selber produzieren – und wieviel kann sie importieren? Wie gross ist die Stromlücke? Und vor allem: Welche Möglichkeiten gibt es, um diese Stromlücke zu füllen?

«Leidenschaftslos an das Problem herangehen»

«Die Zahlen sind alle vorhanden, man muss sie nur zusammentragen», sagt Christoph Blocher. Es gelte, leidenschaftslos an das Problem heranzugehen und sämtliche mögliche Lösungen mit all ihren Vor- und Nachteilen darzulegen. «Alle Varianten müssen auf den Tisch, zusammen mit ihren Chancen und Risiken – sei es punkto CO₂-Ausstoss, Abfällen oder Kosten.» Es dürften keine Optionen – seien es Gaskraftwerke, zusätzliche Wind- und Solaranlagen oder neue Kernkraftwerke – von vornherein ausgeschlossen werden.

«Ob wir Atomkraftwerke brauchen oder Gaskraftwerke oder mehr erneuerbare Energie, muss vorerst offen bleiben.»

Christoph Blocher

Es gehe hier um einen Führungsvorgang in der Verantwortung des Bundesrates. «Erst wenn der Stromgeneral seine Auslegeordnung vorgenommen und alle Varianten aufgezeigt hat, ist es an der Politik, sich für eine Lösung zur Abwendung der Stromknappheit zu entscheiden», so Blocher. Noch in diesem Jahr müsse der Entscheid für eine Strategie und einen Zeitplan fallen.

«Offenheit für alle möglichen Technologien»

Aus der Sicht von Blocher ist es wichtig, sich nicht schon jetzt auf eine bestimmte Art der Stromerzeugung festzulegen. «Ob wir Atomkraftwerke brauchen oder Gaskraftwerke oder mehr erneuerbare Energie, muss vorerst offen bleiben.» Insofern könne er wenig anfangen mit den Rufen nach neuen AKW, wie sie in den letzten Wochen aufgekommen sind. «Es braucht Offenheit für alle möglichen Technologien.» Die Arbeit des Stromgenerals sei abgeschlossen, wenn der Entscheid für eine bestimmte Strategie gegen den Strommangel gefallen sei.

Ob der Bundesrat der Forderung nach einem Stromgeneral nachkommt, ist fraglich. Energieministerin Simonetta Sommaruga sieht das Heil vielmehr in einer Verpflichtung für Hausbesitzer, auf ihren Dächern Solaranlagen zu installieren. Allerdings ist ihr entsprechender Antrag am Mittwoch im Bundesrat vorerst gescheitert. «Solche Massnahmen sind Luftschlösser», kommentiert Christian Imark, SVP-Nationalrat aus dem Kanton Solothurn und Vizepräsident der Energiekommission der grossen Kammer.

Christian Imark verlangt mehr Informationen

Imark sieht wie Blocher die Notwendigkeit, vor einer Entscheidung über den Bau neuer Kraftwerke mehr Informationen zu bekommen. Deshalb hat er in der Energiekommission zwei Anträge für ein Kommissionspostulat eingebracht, um vom Bundesrat eine breite Palette an Grundlageninformationen zu erhalten.



SVP-Nationalrat Christian Imark. Bild: Keystone

Im ersten Postulat geht es um mögliche neue Kernkraftwerke. Dabei fragt Christian Imark unter anderem nach verfügbaren Technologien, vorhandenen Anbietern und möglichen Investoren. Im zweiten Postulat geht es um den Betrieb von Gaskraftwerken – wobei unter anderem nach potenziellen Standorten, dem erwartbaren CO₂-Ausstoss und allfälligen Bauzeiten gefragt wird.

Imark unterstützt Christoph Blochers Forderung nach einem Stromgeneral. «Eigentlich wäre das ja der Job von Sommaruga», sagt er. «Doch wenn der Bundesrat seine Verantwortung nicht wahrnimmt, braucht es eben eine externe Person.»

Die SVP verlangt eine «schonungslose Lageanalyse»

Am Donnerstag hat Energieministerin Simonetta Sommaruga eine Vorlage vorgestellt, wie die Bewilligungsverfahren für Wasser- und Windkraftprojekte beschleunigt werden sollen. Aus Sicht der SVP handelt es sich aber bei solchen Versuchen, die Versorgung zu sichern, um «Pflästerlipolitik». Die Energiestrategie 2050 sei gescheitert, es brauche eine «schonungslose Lageanalyse». Die Volkspartei will nun einen runden Tisch organisieren, an dem die Spitzen von Politik und Wirtschaft teilnehmen.
